

Berater-Kapitalismus

In unseren Diskussionen über den Bertelsmann-Komplex ist uns immer deutlicher geworden das der Bertelsmann-Komplex Symptom aber nicht Ursache ist. Verschwörungstheorien helfen nicht weiter.

Sicherlich ist der Bertelsmannkonzern einer der zentralen und wahrscheinlich der einflußreichste neoliberale Einzel-Akteur Deutschlands, trotzdem gibt es derer viele, und die Strukturen des "marktradikalen" antidemokratischen Zentralismus werden von vielen Institutionen getragen. Auch die Nutzung von sogenannten Evaluationen und Rankings zur Durchsetzung von Partialinteressen sind nicht spezifisch für den Bertelsmann-Komplex. Sie sind Kennzeichen einer postmodernen Verschränkung von Kapital, Politik und Reaktionärer Intelligenz (Unternehmensberatungen, Medien, Wissenschaft, Ethikindustrie, PR-Agenturen, Risikomanager, ..). Um diese zu erfassen ist es notwendig die dahinter wirksamen Strukturen zu begreifen.

Der folgende Text soll dafür einige Ansätze aufzeigen, Ausgangspunkt war neben unserer Alltagserfahrung und der Auseinandersetzung mit dem Bertelsmann-Komplex das Buch **Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft?** von Christine Resch (- Verlag: Westfälisches Dampfboot - Münster 2005 -), das hier zur Lektüre ausdrücklich empfohlen wird.

Ein leitender Gedanke aus unserer Alltagserfahrung bei der Formulierung dieses Textes, der sich in absurder Weise immer wieder auch in der Lektüre und Analyse bestätigt fand, war dabei die Thematisierung der teilweise auffälligen Strukturähnlichkeit von Neoliberalismus und Real"Sozialismus".

Vorab drei kurze "Blitzlichter", um etwas klarer zu machen worum es hier geht.

1 - Vom "demokratischen" Zentralismus zum "marktradikalen" Zentralismus

Vom "Sozialismus" lernen heißt Siegen lernen? könnte als Banner über nicht wenigen neoliberalen Reformen stehen. In der Ausweitung staatlich zentralistischer Zugriffe, in der Unterstützung monopolistischer Konzernstrukturen, in der Entdemokratisierung der Gesellschaft, der Bereicherung einer technokratischen Nomenklatura, dem Ausbau von totalitären Überwachungspraxen und der Verlagerung von Entscheidungsprozessen in Kommissionen gleicht der Neoliberalismus dem untergegangenen Real"Sozialismus".

Dies kann z.B. im Hochschulbereich anschaulich dargestellt werden.

Als der AStA der Universität Hannover in den 90er Jahren mit der studentischen Opposition gegen Milosevic aus Belgrad in Hannover eine Veranstaltung durchführte, waren die zentralen Forderungen dieser Studierenden, unabhängige Hochschulen mit innerdemokratischen Strukturen. Die Belgrader Universität war zu diesem Zeitpunkt durch die starke Stellung des Präsidenten der Universität und durch den Einfluß des externen Beirats, der "gesellschaftliche Kräfte" repräsentierte, bestimmt. Über den Beirat bestimmten die Kader der Nomenklatura die Politik der Universität.

Die Absurdität für mich bestand darin, daß strukturell genau dieses Modell zur gleichen Zeit von FDP, CDU, Bertelsmannstiftung bzw. dem CHE (Centrum für Hochschul-Entwicklung), Teilen der reaktionären Hochschulnomenklatura und großen Teilen der SPD einschließlich Gerhard

Schröders unter dem Namen Stiftungsuniversität in Deutschland als notwendige "Reform" angepriesen wurde. Und inzwischen auch durchgesetzt ist.

Die Stiftungsuniversitäten zeichnen sich genau durch das autoritäre Strukturmodell real"sozialistischer" Prägung aus, dominiert werden Entscheidungsprozesse vom Stiftungsrat, der mit Hilfe eines mit autoritären Machtbefugnissen versehenen Hochschulpräsidenten seine politische Linie durchsetzt. Der einzige Unterschied besteht darin, daß statt kommunistischer Parteikader in diesem Gremium neoliberale Konzernkader die Entscheidungen dominieren. Der "demokratische" Zentralismus des Real"sozialismus" wurde als "marktradikaler" Zentralismus zur Grundlage der aktuellsten Hochschulreform.

2 - "Rheinländischer" Neoliberalismus

Bertelsmann ist ein Konzerndach, dazu gehören unter anderen, der größte TV-Konzern Europas (RTL usw.), eins der größten Verlagshäuser der Welt, einer der größten Musikverlage und mit Avarto einer der weltweit größten Dienstleister für Konzerne und zunehmend auch Regierungen, der damit wirbt für Werbezwecke über mehr als 30 Millionen Personendatensätze zu verfügen (zweifelsfrei mehr als StaSi, Verfassungsschutz, usw.).

Mit der Bertelsmannstiftung ist dieser Konzern gleichzeitig verflochten mit einer der im deutschsprachigen Raum wichtigsten Institutionen der Politikberatung und mit wissenschaftlichen Institutionen. Zusammen läßt sich hier vom Bertelsmann-Komplex sprechen.

Als Ideologie wird eine messianische Marktideologie verbreitet, außerdem wird die Sozialverpflichtung des Kapitals durch die Verfassung interpretiert, als Verpflichtung die Kapitalmacht zur Einflußnahme auf die allgemeine Politik zu nutzen.

Mit der Bertelsmannstiftung und dem CHE (Centrum für Hochschul-Entwicklung) wurden wesentlich die genannten neoliberalen Reformen im Hochschulbereich vorangetrieben.

Das Konglomerat von Stiftung, Konzern und verbundenen Instituten, Medien und Hinterzimmerdiplomatie, also der Bertelsmann-Komplex, ist ein typisches Beispiel für öffentlichen Marktradikalismus bei gleichzeitiger realer Ausschaltung einer, auch nur marktförmigen, Öffentlichkeit.

Der "Rheinländische" Kapitalismus mit seiner Verflechtung von Staat, Politik und Wirtschaft und seinen korporatistischen Strukturen ist kein Widerpart des Neoliberalismus, sondern die Grundlage des Neoliberalismus nicht nur in Deutschland. Die Verknüpfung von marktradikaler Propaganda mit korporatistischer Praxis, als Bertelsmann-Syndrom zu bezeichnen greift zu kurz, sie ist in vielen Bereichen neoliberaler Politik zu finden.

Der "Freie Markt" wird unter den neoliberalen Bedingungen, der strukturellen Korruption der politischen Klasse, zum Instrument der Bereicherung weniger, unter Ausschaltung von jeder Konkurrenz, die für reale Alternativen steht und nicht nur für einen Austausch der Profiteure. Am bekanntesten sind hier sicher die Verflechtungen der Bush-Dynastie mit diversen Konzernen.

3 - Im Kampf gegen die herrschende Klasse den Sieg einer neuen Klasse verhindern!

Ein nicht unwesentlicher Teil der Kritik Michail Bakunins in der zweiten Hälfte des 19ten Jahrhunderts richtete sich gegen die "Intelligenz". Er sah die Gefahr, daß sich hier im Zuge der revolutionären Auseinandersetzungen eine neue Herrschaftsklasse herausbilden könnte, und eine autoritäre Herrschaft durch "Experten" und Bürokratie entstehen würde. Dem müßte entgegen gewirkt werden.

Schaue ich auf aktuelle Entwicklungen, der Auslagerung politischer Entscheidungen in "Experten"kommissionen und der zunehmenden Machtanhäufung scheinbar "neutraler" Berater (Bertelsmann, McKinsey & Co) und von Kennziffern, hat er mit dieser Befürchtung nicht nur für den Real"Sozialismus" recht behalten.

Herrschaftsknechte

Das 20te Jahrhundert läßt sich unter diesem Gesichtspunkt auch sehen als Jahrhundert des Versuchs der Machtergreifung durch die "Intelligenz". Die Machtübernahme erfolgte in den 30er bis 60er Jahren in dem Mann sich an die Spitze der kapitalismuskritischen "Bewegung" setzte. Der Real"Sozialismus" ist in diesem Sinn sicher das herausragende Beispiel für die Aufrichtung einer neuen Klassenherrschaft im Sinne Bakunins durch Büro- und TechnokratInnen.

Der Mythos einer "vernünftigen" Herrschaft der Experten, die halt in der Regel männlich gedacht wurden, bezog sich aber auf die gesamte Welt und fand auch in der BRD seinen Niederschlag, im sozialwissenschaftlichen und architektonischen (sozialdemokratischen) Planungs- und Machbarkeitswahnsinn im Großmaßstab (Trabantenstädte/..), und im unkritischen Glauben an Fortschritt und Technologie (Beispiel Atomenergie/Autobahnbau/..). Im Trikont führte er zu autoritären "Entwicklungs"projekten (Staudämme/..) mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.

Diese Phase, die Christine Resch als Wissensgesellschaft I bezeichnet, fand aber in den 70er Jahren mit ihrem offensichtlichen Scheitern (Waldsterben/Tschernobyl/..) ein Ende, zumindest als hegemoniale Utopie.

Demokratisierungstendenzen und Rückzug der Expertokratie waren aber leider nur von kurzer Dauer.

Mit dem, was Christine Resch als Wissensgesellschaft II bezeichnet, kommt es in den letzten beiden Jahrzehnten zu einer neuen

Bündnisformation zwischen KapitaleignerInnen, ManagerInnen und "ExpertInnen" (der "Intelligenz"). "ExpertInnen" ("Intelligenz") werden nun als BeraterInnen engagiert, um in Konflikten zwischen Management und KapitaleignerInnen die je eigene Position zu stärken, bzw. um in Politik und Management Verantwortung abzuwälzen.

Als Ergebnis entsteht ein System struktureller Verantwortungslosigkeit und gemeinsamer Bereicherung.

Während die "ExpertInnen" (BeraterInnen, die "Intelligenz") den ausführenden ManagerInnen und PolitikerInnen vorhalten, unzureichende Ergebnisse würden nur auf der mangelhaften

Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft?

**Christine Resch - Verlag: Westfälisches
Dampfbuch - Münster 2005**

Das Buch von Christine Resch leistet erstens eine detaillierte und pointierte Kritik des Begriffs Wissensgesellschaft und zweitens eine Analyse der strukturellen Bedingungen des Berater-Kapitalismus. Dabei formuliert sie eine klare Kritik an dieser neuen Herrschaftsformation. Für alle die Bertelsmann, McKinsey u.a. nicht nur als das Böse verschwörungstheoretisch verdammen, sondern die dahinter liegenden strukturellen und sozialen Bedingungen begreifen, wollen, fast eine Pflichtlektüre. Die Autorin verwendet sowohl qualitative Interviews, als auch Medienveröffentlichungen und Statistiken als Grundlage. Interessant ergänzt sie dies um die Kritik der Verallgemeinerung der Beratungsideologie im Alltag durch eine ausufernde Ratgeberliteratur. Für eine Habilitationsschrift ist das Buch recht gut lesbar. Abstrahieren sollte die LeserInnen dabei vom überbordenden Anspruch der Autorin eine neue Phase des Kapitalismus zu beschreiben. Berater-Kapitalismus ist sicher nur ein Teil der aktuellen Herrschaftsformation, die gerade durch ihre Diversität Stabilität gewinnt.

Ausführung ihrer Konzepte beruhen, weisen die PolitikerInnen und ManagerInnen die Verantwortung wiederum an die "Expertinnen" (BeraterInnen, die "Intelligenz") zurück. Dabei profitieren alle zusammen finanziell und vom Machtzuwachs durch Entdemokratisierung und durch die Zerstörung der Sozialstrukturen, die durch die Vereinzelung verhindert, daß Menschen sich gegen ihre Reduktion auf ein Warending (Arbeitskraftware) zur Wehr setzen.

Im Gegensatz zur Wissensgesellschaft I müssen die "ExpertInnen" (BeraterInnen, die "Intelligenz"), auf Grund der beschriebenen Struktur organisierter Verantwortungslosigkeit, nun auch nicht mehr fürchten für ihre Planungen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Im Regelfall, bis auf Ausnahmen, sind sie auch keine ExpertInnen im eigentlichen Sinn mehr. Die BeraterInnen ("Intelligenz") werden in der Regel auch gar nicht auf Grund irgendeiner Sachkompetenz engagiert, sondern dienen zur Stärkung der Position der Stellen, die sie engagieren, zur Durchsetzung feststehender Konzepte, bzw. werden eben benutzt, um Verantwortung abzuschieben.

BeraterInnen ("Intelligenz") selbst geben als primäre Qualifikation psychologisch manipulative Fähigkeiten an, die Fähigkeit auch die unausgesprochenen Erwartungshaltungen ihrer AuftraggeberInnen zu erfüllen und dabei die Machtbalancen in der Institution zu berücksichtigen, dazu kommen einige formale Fähigkeiten (erstellen betriebswirtschaftlicher Statistiken usw.), fachliche Qualifikationen spielen in der Regel keine Rolle.

Die Herrschaftsknechte (aus der "Intelligenz") entstammen heute primär den Wirtschaftswissenschaften und nur noch teilweise der Technokratie. Aber auch viele PsychologInnen und SozialwissenschaftlerInnen sind sich für keine Wendung zu schade um wieder an die Futtertröge der Macht zu gelangen.

Als Ergebnis scheint der Neoliberalismus als Sachzwang vom Himmel zu fallen. Dabei ist er real als hegemoniale Ideologie das Ergebnis der wechselseitigen Interessenverflechtungen von BeraterInnen ("Intelligenz"), ManagerInnen und KapitaleignerInnen.

Diese Form der Auslagerung von Verantwortung, die letztendlich dazu führt, daß niemand mehr verantwortlich erscheint und alle nur nach "immer mehr" derselben Bereicherungskonzepte schreien ist treffend mit dem Wort *Berater-Kapitalismus* beschrieben.

Das heißt nicht, daß alles was zur Zeit passiert in diesem Begriff aufgeht, aber diese Herrschaftsformation, bei der Teile von Entscheidungen in Beratungsinstitutionen ausgelagert werden und die letztendliche Verantwortung für "Reformen" verunklart wird, ist ein wesentliches Teilelement moderner Herrschaft.

Marktradikale BürokratInnen

Aus der Soziologie ist altbekannt das Markt organisiert werden muß. Entsprechend ergibt sich bei genauer Analyse der von Bertelsmann, McKinsey & Co initiierten "Reformen" zumindest im öffentlichen Sektor eine massive Zunahme an Bürokratie.

So führt Christine Resch das Beispiel des britischen Gesundheitssystems an, durch die "Reform" in den 90er Jahren stieg der Anteil der direkten Verwaltungskosten von ca. 6% auf 10,5 % und gleichzeitig wurden die ÄrztInnen und PflegerInnen mit zusätzlichen Verwaltungsaufgaben (Evaluation) belastet. In Personalzahlen hieß dies, daß das Verwaltungspersonal um 18.000 aufgestockt wurde, während das Pflegepersonal in Krankenhäusern um 27.000 reduziert wurde, all

dies unter dem Stichworten, mehr Transparenz (Evaluation), mehr Markt und mehr Effizienz. Gleichzeitig stieg das Einkommen der oberen Einkommensgruppen dreimal so schnell wie das der unteren Einkommensgruppen.

Vor allem die Evaluation und die Einführung der komplexeren (betriebswirtschaftlichen) Rechnungsführung führen bei "marktwirtschaftlichen" Reformen zu einer starken Erhöhung des Verwaltungsaufwandes im öffentlichen Sektor. Dazu kommt die neue Beratungsbürokratie. Zum Teil werden diese Effekte dadurch kaschiert, daß Teile der zunehmenden Bürokratie ausgelagert werden.

Der durch Bertelsmann, McKinsey & Co forcierte Berater-*Kapitalismus* ist zu beträchtlichen Teilen ein Selbstbedienungsladen zur Schaffung neuer Posten für BeraterInnen und Bürokratie, und auf der anderen Seite Mittel der Interessendurchsetzung für Großkonzerne. Lean Management und Marktideologie sind im öffentlichen Sektor ein Kürzel für mehr Zentralismus und Machtzuwachs der BürokratInnen und für die Stärkung monopolartiger Konzernstrukturen in privatisierten Bereichen ehemals öffentlicher Aufgaben.

Betrachte ich die, vor allem vom Bertelsmann-Komplex und neoliberalen Politikfraktionen forcierte, Hochschul"reform", unter anderen mit der Umstrukturierung der öffentlichen Mittelvergabe und der Einführung der Bachelor-Studiengängen in Deutschland, ergibt sich ein dazu passendes Bild. Durch die Notwendigkeit im Bachelor-Studium neu permanent Prüfungen, Klausuren u.a. durchzuführen, wird das wissenschaftliche Personal mit technokratischen Verwaltungsaufgaben (Klausurendurchführung, Korrekturen, Bewertung, ..) überlastet, für eine qualitativ hochwertige Lehre bleibt keine Zeit, dazu kommen permanente Veränderungen der Studienmodalitäten und bürokratische Anforderungen der Evaluation. Durch die Verknüpfung von öffentlichen Forschungsgeldern mit der Aquisition privatwirtschaftlicher Mittel, und die Stärkung konzernnaher InteressenvertreterInnen in den Vergabegremien, wurde die universitäre Forschung für einen Apfel und ein Ei an die Interessen weniger Großkonzerne und der Berater ausverkauft. Außerdem wurden viele Entscheidungen zentralisiert, teilweise durch Entdemokratisierung der Hochschulverfassungen mit entsprechenden Machtzuwachsen für die Bürokratie (Hochschulpräsident, Stiftungsrat, Land, Konzerne), teilweise durch Zentralisierung von Entscheidungen auf europäischer Ebene, unter dem Stichwort der "europäischen" Angleichung der Abschlüsse. Wobei jede Zentralisierung durch einen Ausbau der entsprechenden Überwachungsbürokratie (Evaluation) abgesichert wird.

Auch hier wurden bzw. werden technokratische und bürokratische Abläufe aufgebläht und monopolartige Strukturen der Bereicherung der Nomenklatura geschaffen.

Hier wird aber noch ein anderer Wahnsinn, der an den Real"Sozialismus" denken läßt, deutlich, der Glaube, das Alles sich in bürokratisch-technokratische Kennziffern fassen läßt, und das dann Alles effizient beherrschbar wäre. Die Ideologie des Berater-*Kapitalismus* zeigt sich hier als wiederauferstandener Zombie des technokratischen Machbarkeitswahns der 50er und 60er Jahre. Die Evaluations-Stasi und die diversen Rankings zwingen die UniversitätsmitarbeiterInnen dazu sich primär auf das Schaulaufen zu konzentrieren, statt auf inhaltliche Auseinandersetzungen.

Damit ist der Berater-*Kapitalismus* auch ein effizientes Prinzip um politische inhaltlich kritische Auseinandersetzungen zu unterbinden, in dem inhaltlich Auseinandersetzungen überhaupt unterbunden werden, es geht nur noch um die möglichst effektive Reproduktion von Kennziffern und einfachen "Wahrheiten", orientiert an Inhalten, die von neoliberalen Institutionen, Konzernen und mit ihnen verknüpften Medien und bezahlten WissenschaftlerInnen vorgegeben werden. Diese Ideologie wird dabei auf die gesamte Gesellschaft bezogen und findet über Ratgeberliteratur und TV zunehmend auch im Alltag Verbreitung - vom Selbstmanagement bis zum Lean Management für Haus"frauen" -.

Für AnarchistInnen ist es wichtig zu sehen, daß es bei den Konzepten von Bertelsmann, McKinsey & Co real um eine Stärkung des technokratisch-zentralistischen Zugriffs geht und um mehr Markt nur im Sinnen der Konzerne. Staat und Markt gehören zusammen, die, staatlich erzwungene, Reduktion auf vergleichbare Kennziffern stellt marktförmige Konkurrenz erst her aber nur für die, die keine Macht haben. Ein Markt der dann aber ausschließlich die Interessen derjenigen bedient, die die Macht haben, die Kennziffern zu definieren und als Standard durchzusetzen.

"Linke" Forderungen nach einer Rückkehr zu mehr staatlicher Regulierung führen insofern vollständig am Problem vorbei und haben mit Anarchismus sowieso nichts zu tun. Durchzusetzen sind selbstbestimmte Arbeits- und Lebensstrukturen gegen die staatlich garantierte & hergestellte Marktwirtschaft im Interesse der Konzerne.

Wobei immer wichtig ist zu betonen, daß unter Selbstorganisation, die selbstbestimmte gemeinschaftliche Organisation des Lebens zu verstehen ist, um sich solidarisch gegen Zumutungen wehren zu können und um Alternativen lebbar zu machen, und nicht die Organisation des Selbst zur Marktoptimierung des Selbst als Arbeitskraftware.

Berater-Kapitalismus und imperiale Dienstleistungsökonomie

Der Berater-Kapitalismus von McKinsey und Co. ist dabei nicht zu trennen von einer Organisation der Wertschöpfung, die an Strukturen Organisierter Kriminalität erinnert. Der Gewinn basiert dabei nicht so sehr auf der Optimierung der Produktion sondern auf der gewaltförmigen Kontrolle der Wertabschöpfung und des Ausbaus dieser Kontrolle, dies betrifft die gewaltsame Kontrolle der Produktion, ebenso wie die manipulative Kontrolle der Distribution.

Ein triviales Beispiel für die gewaltsame Kontrolle der Produktion, um zu verdeutlichen, was hier gemeint ist. Würde ich z.B. hinter jede Arbeiterin, jeden Arbeiter in einer industriellen Produktion eine Person mit Gewehr und Peitsche stellen, müßte ich zwar doppelt so viele Menschen beschäftigen, falls dies aber dazu führt, daß ich den Lohn auf 40% des Ausgangslohnes senken könnte und die Überwacher auch nur 40% des ursprünglichen Lohnes der ArbeiterInnen erhalten würden, hätte ich 20% Lohnkosten gespart.

Die von Beratungsinstitutionen empfohlenen und eingeführten Überwachungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Verstärkung des Druckes auf ArbeiterInnen sind letztendlich nichts anderes. Die Verwaltungs/Beratungs- und Überwachungskosten werden erhöht um Löhne effektiver drücken zu können. Dies gilt auch für wesentliche Teile der Globalisierung, die ebenfalls die Erhöhung sekundärer Lohnstückkosten (Verwaltung/Transport/Koordination/usw.) in Kauf nimmt um die produktiven Lohnstückkosten zu senken. Der Gewinn steigt durch eine Firmenpolitik, die die Produktivität senkt (bezogen auf Arbeitsstunden pro Stück), weil die Entlohnung noch schneller abgesenkt werden kann. Letztendlich ist es natürlich der Mehrwert aus der Gebrauchswertproduktion der abgesaugt wird, durch die Kontrolleure der Kontrolleure, in einer Phase der Überproduktion ist diese sinnlose Vernichtung von Arbeitskraft aber sogar systemerhaltend. Statt der Vernichtung der Überproduktion durch Krieg wird sie in einem unerklärten kalten Bürgerkrieg von oben vernichtet.

Auf der Ebene der manipulativen Kontrolle der Distribution wird ebenfalls der Gewinn gesteigert durch das Wachstum vollständig unproduktiver oder sogar negativ produktiver (den Gebrauchswert senkender) Bereiche.

Auch dafür ein triviales Beispiel. Wenn die Beauty-Industrie z.B. mit viel Werbeeinsatz, dem Kauf medizinischer "Gut"achten, der Beeinflussung der Medien, der Politik und Gesetzgebung usw. eine spezifische Körperformierung als Norm durchsetzen kann (Beispiel Körperenthaarung) sichert das der Beauty-Industrie Millionengewinne.

Das gleiche gilt für die lobbyierte politische Durchsetzung einer privaten Pflichtrente, dies ist nichts anderes als die gewaltförmige Schaffung einer Nachfrage für Finanzprodukte.

In der imperialen Dienstleistungsökonomie sind die Dienstleistungen, die die Kontrolle der Wertschöpfung garantieren, zu den Hauptwachstumssektoren geworden. Die Überwachungs- und Gefängnisindustrie, die Lobbyinstitutionen und Marketingagenturen, Anwaltskanzleien, Beratungsindustrie und Patentagenturen sind die modernen Wachstumsbranchen.

"Dienst"leistungen, die Konzernen ermöglichen Nachfrage zu erzwingen (Körpernormen, Mobilität, Private Zwangsrente, usw.), Preise nach oben zu treiben (Monopole, Werbung, usw.), Arbeitsentgelte zu drücken (Globalisierung, Überwachung, Repression, usw.) und Menschen zu enteignen (Biopiraterie, Wasser Privatisierung, usw.) steigern ihre Profite jährlich. Die Produktion von Herrschaftsdienstleistungen wird zur Produktion mit dem höchsten Mehrwert.

Dies führt zu der absurden Situation daß bei steigendem Bruttosozialprodukt die Lebensqualität rapide sinkt, da ein Großteil der produzierten Dienstleistungen der Unterdrückung, Manipulation und Ausbeutung dienen, und ein Mehr an Herrschaftsdienstleistungen, zwar das Bruttosozialprodukt steigen läßt, aber gleichzeitig zu immer weiter ansteigender Repression und Manipulation führt.

Eine Gesellschaft, in der die Menschen 80 Stunden in der Woche in Gefängnissen zwangsarbeiten um Gefängnisse zu bauen, zu verwalten und zu überwachen kann durchaus ein sehr hohes Bruttosozialprodukt erwirtschaften. Und auch "Gefängnisse", die Ein-Familien-Haus-Zwei-Kinder-Hund-Und-Auto heißen, können genau so funktionieren.

Natürlich ließe sich dies Alles auch ganz anders organisieren. Allein durch Abschaffung der Herrschaftsdienstleistungen könnte so viel Arbeitszeit eingespart werden, daß alle Menschen bequem leben könnten bei stark reduzierter Arbeitszeit. Die Durchsetzung scheitert aber nicht nur an der profitierenden Nomenklatura auch viele "Gefängnis"wärter haben sich darin eingerichtet, sich über ihr kleines Stück Repressionsmacht zu definieren, die Herrschaftsknechte auch auf den unteren Ebenen werden so zu aktiven TrägerInnen des Systems.